

**EL SALVADOR: amnesty international befürchtet weitreichendes
Amnestiegesetz im Anschluß an den Bericht der
Wahrheitskommission**

amnesty international ist sehr besorgt über Berichte, daß das Parlament von El Salvador die Einführung eines zweiten weitreichenden Amnestiegesetzes erwägt, das frühere Menschenrechtsübergriffe einschließt - und dies nur Tage nach der Veröffentlichung eines verurteilenden Berichtes der von den Vereinten Nationen eingesetzten Wahrheitskommission.

Die Gesetzesvorlage gewährt denjenigen, die für Menschenrechtsübergriffe vor 1992 verantwortlich sind, "umfassende, absolute und bedingungslose" Amnestie und bietet Straffreiheit selbst für diejenigen, die nicht in das Gesetz zur Nationalen Versöhnung, der Amnestie von 1992 einbezogen waren.

"Amnestiegesetze wie dieses, die jegliche weitere Untersuchung früherer Übergriffe wirkungsvoll blockieren, können nur schlechte Nachricht für die Menschenrechte sein," sagte amnesty international. "Immer wieder haben wir festgestellt, daß sich der Zyklus der Gewalt wiederholt, wenn Regierungen es unterlassen, die Verantwortlichen vor Gericht zu stellen."

Die Wahrheitskommission verbrachte acht Monate mit der Untersuchung von schweren Menschenrechtsübergriffen, von denen El Salvador während des Bürgerkrieges von 1980 bis 1992 heimgesucht wurde. Ihr Bericht, der am Montag, den 15.3.1993, herausgegeben wurde, legt überwältigende Beweismittel vor, wonach frühere oder jetzige hochrangige Militäroffiziere und andere Beamte Massaker und andere außergerichtliche Hinrichtungen, "Verschwindenlassen" und Folter angeordnet haben, daran teilgenommen haben und veruscht haben. Der Bericht stellt außerdem fest, daß die FMLN für eine Reihe von willkürlichen Tötungen verantwortlich war und damit internationale humanitäre Gesetze gebrochen hat.

amnesty international ist der Auffassung, daß "es eine krasse Mißachtung sowohl der Rechte der Opfer und ihrer Angehörigen wie auch internationaler Gesetze darstellt, wenn zugelassen wird, daß sich die Verantwortlichen für solche brutalen Verbrechen einer Rechenschaft entziehen und einer Strafverfolgung entkommen." Erst kürzlich hat die Interamerikanische Kommission entschieden, daß Amnestiegesetze, die die Untersuchung von Menschenrechtsübergriffen verhindern, im Widerspruch zum Recht auf Gerechtigkeit und zur Amerikanischen Menschenrechtskonvention stehen.

Der Bericht der Wahrheitskommission benannte die Verantwortlichen für 30 Fälle, einschließlich der Morde an Erzbischof Oscar Arnulfo Romero und an sechs Jesuitenpatern, ihrer Haushälterin und deren Tochter, die Muster von Menschenrechtsübergriffen verdeutlichten. Darüberhinaus enthielt er eine Liste mit tausenden von Fällen von Ermordungen, "Verschwinden" und Folter, die die Kommission nicht gründlich untersuchen konnte.

amnesty international glaubt, daß die wichtige und einmalige Arbeit der Kommission ernsthaft unterminiert wäre, wenn die Regierung sofort diejenigen amnestiert, die von der Kommission als

verantwortlich für schwere Menschenrechtsverletzungen erkannt wurden, anstatt sie vor Gericht zu stellen. Es kann auch nicht hingenommen werden, daß ein solches Gesetz verabschiedet wird, ohne daß vorher Maßnahmen festgelegt werden, um die Fälle zu untersuchen, die die Kommission nicht untersuchen konnte. Es ist besonders beunruhigend, daß das Gesetz wahrscheinlich jegliche Untersuchung verhindern wird, um den Aufenthaltsort der "Verschwundenen" festzustellen.

amnesty international drängt deshalb die Regierung, die Verabschiedung jeden Gesetzes zu verhindern, das den Verantwortlichen für Menschenrechtsübergriffe eine umfassende Amnestie gewährt. amnesty international fordert auch die Regierung auf, so schnell als möglich die anderen Empfehlungen im Bericht der Wahrheitskommission durchzuführen. Dazu gehören schnelle und dringende Reformen des Justizwesens, eine vollständige Untersuchung der Operationen von "Todesschwadronen" und ein Programm moralischer und materieller Wiedergutmachung gegenüber den Opfern von Menschenrechtsübergriffen und ihrer Familien.

amnesty international erkennt die beispiellosen Initiativen in Bezug auf die Menschenrechte an, die aus dem Friedensabkommen hervorgingen. Die Wahrheitskommission war ein erster wesentlicher Schritt zur Feststellung der vollständigen Wahrheit. amnesty international ist sich über die schwierigen Umstände bewußt, denen El Salvador gegenübersteht, glaubt jedoch, daß ein echter Friede nur durch das Festhalten an den Prinzipien von Wahrheit und Gerechtigkeit erreicht werden kann.

Nach Auffassung von amnesty international "liegt es jetzt in der Verantwortung der Regierung, ihre Verpflichtung zur nationalen Versöhnung zu zeigen, indem sie zuläßt, daß die vollständige Wahrheit aufgedeckt wird und die Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden."

Übersetzung: amnesty international
El Salvador-Koordinationsgruppe
Postfach 1124
7400 Tübingen 1

Verbindlich ist das englische Original.

FR 22.3.1993

Amnestie in El Salvador

SAN SALVADOR, 21. März (AP). Die Nationalversammlung El Salvadors hat am Samstag mit einfacher Mehrheit eine General-Amnestie für alle verabschiedet, die sich während des zwölfjährigen Bürgerkrieges Verletzungen der Menschenrechte schuldig gemacht haben. Die Amnestie geht auf einen Vorschlag von Präsident Alfredo Cristiani zurück.

Das Gesetz bedeutet für die Vereinten Nationen (UN) einen Schlag ins Gesicht. Eine UN-Kommission hatte in ihrem am Montag veröffentlichten Bericht führenden Vertretern der rechtsgerichteten Machtelite und der Streitkräfte El Salvadors die Hauptschuld an den Verbrechen während des Krieges gegeben. Sie legte dem Militär unter anderem die Ermordung von sechs Jesuitenpriestern im Jahre 1989 und ein Massaker an rund 1000 Landarbeitern 1981 zur Last. Für einen kleineren Teil der rund 75 000 Todesopfer des Bürger-Krieges machte der Ausschuß die linksgerichtete frühere Guerillaorganisation FMLN verantwortlich. Die Kommission forderte den sofortigen Ausschluß aller belasteten Offiziere aus den Streitkräften.

Anmerkung der Übersetzer:

Bis zum 25.3.1993 hatte Präsident Cristiani das Amnestiegesetz nicht ratifiziert!